Per E-Mail
Frau Bundesministerin Mag.ª Beate Meinl-Reisinger, MES
beate.meinl-reisinger@bmeia.gv.at

Wien, 4. November 2026

Betreff: Aktive Beteiligung Österreichs an der 13. Verhandlungsrunde zum UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Meinl-Reisinger,

wir schreiben Ihnen im Namen der Treaty Allianz Österreich, einem zivilgesellschaftlichen Bündnis, das sich seit vielen Jahren für ein verbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten einsetzt. Von 12. bis 16. Oktober 2026 fand die mittlerweile 12. Verhandlungsrunde der *Open-ended intergovernmental working group on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights* in Genf statt.

Diese Verhandlungen begannen mit der Erteilung eines Mandats des UN-Menschenrechtsrats im Jahr 2014. Während viele Staaten des Globalen Südens sich an diesem Prozess aktiv beteiligen, nehmen zahlreiche EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, an den Verhandlungen nur passiv teil. Österreich hat sich in den vergangenen elf Jahren im Zuge der Verhandlungen nicht zu Wort gemeldet und damit die Ausgestaltung dieses UN-Abkommens anderen Staaten überlassen. Auch dieses Jahr gab es keine inhaltliche Stellungnahme Österreichs.

Mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs), die bereits vor 15 Jahren im UN-Menschenrechtsrat verabschiedet wurden, besteht bereits ein international anerkannter Referenzrahmen für die Verantwortung von Staaten und

Unternehmen. Aus unserer Sicht sollte das UN-Abkommen auf den UNGPs aufbauen und somit einen effektiven Beitrag zum Schutz der Menschenrechte leisten.

Österreich hat jahrelang auf ein Verhandlungsmandat der EU-Kommission gewartet, das derzeit noch immer nicht vorliegt. Zudem ist unklar, ob dieses in Zukunft überhaupt erteilt wird. Formal bedarf es keines Verhandlungsmandats der EU-Kommission, damit sich Österreich im Rahmen des UN-Menschenrechtsrats zum Verhandlungsgegenstand äußern kann. Die erfolgreiche Kandidatur Österreichs für den UN-Sicherheitsrat zeigt, dass Österreich dazu bereit ist, sich außenpolitisch selbstbewusst und mit starker Stimme auf dem Parkett der Vereinten Nationen zu äußern und multilaterale Prozesse aktiv mitzugestalten. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe hat bereits angekündigt, im Februar 2027 einen neuen Entwurf für das UN-Abkommen vorzulegen.

Wir ersuchen Sie, zu veranlassen, dass Österreich sich bei der 13. Verhandlungsrunde im Oktober 2027 aktiv in die Verhandlungen einbringt und insbesondere:

- durch eigene Wortmeldungen zur inhaltlichen Ausgestaltung des Abkommens beiträgt
- sich für ein ambitioniertes, wirksames und menschenrechtsbasiertes Abkommen einsetzt

Vom UN-Sicherheitsrat in New York bis zum UN-Menschenrechtsrat in Genf ist es dringender denn je, dass sich Österreich mit aller Deutlichkeit zum Multilateralismus bekennt und aktiv für Menschenrechte eintritt. Eine aktive Beteiligung an der 13. Verhandlungsrunde zum UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten wäre daher nicht nur ein konkreter Beitrag zum Schutz der Menschenrechte, sondern

auch ein klares Signal für Österreichs Bekenntnis zu einem starken und handlungsfähigen Multilateralismus.

Sehr gerne würden wir dieses Anliegen mit Ihnen bei einem persönlichen Termin besprechen.

Mit freundlichen Grüßen
Bettina Rosenberger
Koordinatorin der Treaty Allianz Österreich

Die Treaty Allianz Österreich ist ein Zusammenschluss von Organisationen, die sich für die Schaffung verbindlicher Regeln für Unternehmensverantwortung zur Achtung der Menschenrechte und der Umwelt einsetzen. Mitglieder der Allianz sind: AG Globale Verantwortung, AK Wien (Arbeiterkammer), Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar, FAIRTRADE Österreich, FIAN, GLOBAL 2000, Jugend Eine Welt, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe) und Südwind.